

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. n. 20%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die neuen Noten der Entente.

„Sofortige Räumung der Randstaaten“.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

General Ruban hat dem Vertreter der deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf folgende Note überreicht:

Nach dem Wortlaut des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat Deutschland folgende Verpflichtung übernommen:

Sämtliche deutsche Truppen, die augenblicklich auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Österreich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten, müssen unverzüglich hinter die Grenze Deutschlands vom 1. August 1914 zurückgezogen werden. Sämtliche Truppen, die sich gegenwärtig auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebene Grenze Deutschlands zurückgenommen werden, und zwar, sobald die Alliierten es verlangen.

Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, hat unter dem 27. August wissen lassen, daß für Deutschland der Zeitpunkt zur Räumung der genannten Gebiete gekommen sei. Er hat die deutsche Regierung durch seine Note vom 2. September zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten angehalten. Die deutsche Regierung beruht sich obiger Verpflichtung zu entziehen durch einen Bericht, der Gründe anführt, die die alliierten Mächte nicht als rechtmäßig anerkennen können.

Die alliierten Regierungen lehnen es insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich der ihr zufallenden Verantwortung dadurch entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie erlauben demgemäß die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung sämtlicher deutschen Truppen, Stämme und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen; desgleichen hat die deutsche Regierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen, die in der genannten baltischen Provinz gebildet sind, angenommen haben, hinter die oben beschriebene Grenze zurückzuführen. Sie hat sich ferner jeder Ermächtigung zum Eintritt in solche Dienste zu enthalten und die Annahme solcher Dienste auf das strengste zu verbieten.

Die Räumung muß unverzüglich in Angriff genommen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgestellt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei der von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden.

Sie haben infolgedessen Anweisung gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen.

Wenn die deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausführungen der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen.

Diese Entendenote über die deutschen Truppen im Baltikum darf nicht überraschen, sie war seit geraumer Zeit zu erwarten. Den ultimativen Charakter der Note unterstreicht u. a. der „Fügung“ durch den Hinweis, daß auch von amerikanischer Seite eine neue Blockade und ähnliche Maßnahmen zur Durchführung der Räumung empfohlen werden. Schlimm ist, daß die Dinge eine bevorstehende Entwicklung nehmen könnten. Die Zuspitzung zu verhüten, hätte im Interesse Deutschlands gelegen, nicht nur, weil auch der Schein vermieden werden mußte, daß wir nur dem Drucke weichen, sondern auch aus der einfachsten Erwägung über die zukünftige Gestaltung unserer Beziehungen zum Osten. Man hat vor dem Eintreffen der Note der Reichswaffenminister Rostke, wie gestern berichtet, in einer sozialdemokratischen Konferenz die Mitteilung von seinem in Ostpreußen gegebenen Befehl gemacht, auf jeden Fall zu feuern, der nach dem Baltikum herüber will. Daraus

darf man den Schluß ziehen, daß nicht nur jeder Zugang nach dem Baltikum unterbunden werden soll, sondern, daß im Baltikum selbst mit aller Energie durchgegriffen wird.

Die Note über Eupen und Malmédy.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Von dem Präsidenten der Friedenskonferenz ist folgende Antwortnote eingegangen:

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihrer Note vom 1. und 5. August zu bestätigen. Die von den belgischen Behörden in den Kreisen Eupen und Malmédy ergiffenen Maßregeln scheinen bei der deutschen Regierung eine schwer erklärbare Aufregung hervorgerufen zu haben. Durch Artikel 34 des Friedensvertrages hat Deutschland zugestimmt, Belgien auf alle Rechte und Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmédy zu verzichten, mit dem einzigen Vorbehalt, daß der Völkerbund hinsichtlich der Rückkehr dieser Gebiete, ganz oder teilweise, zu Deutschland anordnen könnte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung in den in demselben Artikel bestimmten Formen den Wunsch danach äußert. Aus dieser Abmachung folgt, daß das Selbstbestimmungsrecht über die in Rede stehenden Gebiete tatsächlich auf Belgien übergehen wird, und zwar zum Tage der Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Übergabe der Restitutions, falls nämlich die belgischen Restitutions an dem betreffenden Datum übergeben sind. Die belgische Regierung wird also, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist, für die Besetzung aller öffentlichen Beamten in den abgetretenen Gebieten zu sorgen haben; unter den Beamten, deren Ernennung sie zu sichern haben wird, befinden sich auch die Eisenbahnbeamten. Indem die belgischen Behörden sich bereits jetzt mit den Bedingungen beschäftigen, unter denen die Übertragung der Souveränität sich vollziehen wird, und indem sie die Maßregeln vorbereiten, die geeignet erscheinen, diese Übertragung künftighin zu erleichtern, beschäftigen diese Behörden, weit davon entfernt, ihre Rechte zu überschreiten, lediglich das Interesse der Bevölkerung der Gebiete wahrzunehmen, die binnen kurzem unter belgische Hoheit treten werden. Uebrigens ist es in Erwartung des Inkrafttretens des Vertrages den belgischen Behörden vollkommen gestattet, in ihrer Eigenschaft als besetzende Macht in direkte Beziehungen zu den Beamten der preussischen Eisenbahnverwaltung zu treten. Die belgische Regierung weigert sich übrigens nicht, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten über die Fragen, die sich auf die Ausführung des Vertrages in den Kreisen Eupen und Malmédy, in Neutral-Moresnet und in Preussisch-Moresnet beziehen. Sie macht jedoch zur Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit in irgend etwas den Wert der belgischen Selbstbestimmungsrechte zu bestreiten, wie dieselben durch den Vertrag vom 28. Juni auf die in den Artikeln 32, 33 und 34 dieses Vertrages erwähnten Gebiete anerkannt sind.

Die Auseinandersetzung mit der Entente über Eupen und Malmédy beruht auf Maßnahmen, die von Belgien zu Unrecht getroffen worden sind. Es handelt sich einerseits um eine belgische Besetzung an den Landrat von Eupen, er sollte schon jetzt, also vor Inkrafttreten des Friedensvertrages, von seinen bisher vorgelegten preussischen Dienststellen keine Befehle mehr entgegennehmen, andererseits um eine belgische Aufhebung an den Bahnhofsvorsteher von Herbestal, er sollte zurücktreten, wobei gleichzeitig den anderen deutschen Eisenbahnbeamten anheimgestellt wurde unter den bisherigen Bedingungen in belgische Dienste zu treten. In beiden Fällen ist von deutscher Seite Einspruch erhoben worden, woran die Entendenote anknüpft; sie behauptet, daß die belgische Regierung zu mündlichen Verhandlungen über die Fragen des besetzten Gebietes bereit sei.

Die Umbildung der Regierung.

Heute endgültige Entscheidung der Fraktionen.

Mit der Umbildung des Kabinetts befaßte sich eine Besprechung der Parteiführer der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler, die gestern nachmittag stattfand und bis in den späten Abend hinein dauerte. Die letzte Entscheidung liegt in diesem Augenblick den Fraktionen der bisher noch nicht beraten konnten, vielmehr erst heute nachmittag im Reichstag zusammenzutreten werden. Erst danach soll die endgültige Besetzung der Ämter veröffentlicht werden.

Cirpitz' „Erinnerungen“.

Von

Rosieradmiral a. D. Hellwig

Die „Erinnerungen“ des Großadmirals von Tirpitz — ein starker Band von 526 Seiten — gelangen nunmehr vom Verlage R. F. Köhler, Leipzig, zur Ausgabe, nachdem sich leider die Tagespresse auf Grund von Indiskretionen aller Art schon monatelang mit aus dem Zusammenhange herausgerissenen Bruchstücken des Buchtextes beschäftigt hat. Als sehr geschickt kam die herausgeberische Tätigkeit des Verlages wohl kaum bezeichnet werden. Festgestellt aber sei, daß weder politische Rücksichten, noch Abänderungsbedürfnisse des Verfassers, etwa auf Grund früher erschienener Memoirenwerke, für das verspätete Erscheinen im Buchhandel maßgebend waren.

Aus der Fülle der Beiträge zur Geschichte des Weltkrieges wird sich das Tirpitzsche Buch wahrscheinlich als das bedeutendste herausheben. Es wird dem ernsthaften Forscher und auch dem Laien sehr viel Neues bringen. Durch seine vielfach verblüffende seemannschaft-männliche Offenheit ist es eine Lektüre, die am ehesten den Vergleich mit den „Bismarck'schen Gedanken und Erinnerungen“ aushalten. Es gibt die subjektiven Anschauungen des Verfassers in objektiver, kritisch einflussreicher Form wieder.

Das Buch ist eine Totentafel, eine Grabrede auf unsere verlorene wirtschaftliche und politische Größe. Die „Erinnerungen“ an der Spitze des Bandes sind der Verfasser rücksichtslos die tödlichen Wunden auf, die der feindliche Vernichtungswille, unterstützt durch eigenen politischen Unverstand, kurzfristiges Handeln, Mangel an Entschluß und deutsche innere Zersplitterung dem bisherigen Gesamtwerk deutscher Seegeschichte schlagen.

Obwohl der Verfasser abgelehnt, eine Verteidigungsschrift für sich schreiben zu wollen, macht sich das Buch doch aus einer Art Selbstverteidigung der Weltgeschichte und des Verfalls des 70jährigen Staatsmannes, der, rühmend schauend, von hoher Warte aus, und von dem heiligen Recht seiner Ueberzeugungen durchdrungen, überrollen und doch blutenden Herzens darlegt, warum der Versuch, Seegeltung zu erlangen, für uns eine unabwendbare Notwendigkeit war. Warum er selbst nahezu ein Menschenalter lang, getragen von heißer Liebe zu Deutschlands werksamem Volk, sein Flottenbauprogramm als eine staatsmännische Tat, als eine soziale Forderung der Stunde aufnahm und mit Einsatz aller Kräfte gegen unendliche Widerstände aus überquellendem Gefühl heraus durchführen mußte. Ein Hauch frischen Seewindes weht oft durch die Blätter des Buches. Es ist nicht selten eine harte, aber männlich-offene Anklage gegen diejenigen, die ihn, als der Krieg trotz aller Urmahnungen unabweislich geworden war, verhinderten, die in fast zwanzigjähriger Friedensarbeit geschaffenen maritimen Machtmittel nunmehr auch rücksichtslos für die Maßnahmen einzusetzen, die allein uns vor dem Vernichtungsfrieden bewahren konnten. Es ist auch eine substantiierte, mit schwerwiegenden Argumenten belegte Kampfansage gegen alle diejenigen, die noch im Kriege, hypnotisiert von dem Wunsche, „England nicht zu zeigen“, der Verständigung nach Osten verständig- oder energielos gegenüberstanden und so die Schlussschlacht herbeiführen halfen: „Der Krieg mit Rußland war der Kardinalfehler unserer Politik, ein baldiger Friedensschluß mit dem Jaren unbedingtes Ziel einer nach Frieden strebenden Staatskunst.“

Gegen das System des „Brutus-Bethmann“, der am 9. November sein Philippi erlitt, richtet sich ein erheblicher Teil der Anklagen. Auch der ehemalige Reichskanzler hat in seinen Betrachtungen zum Weltkriege in der seiner Eigenart entsprechenden, formgemäßen, aber impersonellen Art mit verfeinerten Beschuldigungen nicht zurückgehalten: „Die Leitung der Flotte lag seit langen Jahren in der Hand eines Mannes, der über seinen Ressort hinaus politische Autorität beanspruchte und das politische Denken weiter Kreise nachfolgend beeinflusste.“ Der Großadmiral kann, auch ohne das Bethmannsche Buch vorher gekannt zu haben, mit Recht dagegen antworten: „Für Groteske wurde die monarchische Verfassung des Kaiserreiches im Kriege, als der Kanzler ohne Befragen der Marinebehörden beim Kaiser seemilitärische Befehle erwarbte, die überhaupt nicht ausführbar waren.“ Und ferner, hinsichtlich des so bedeutungslosen Besuchs Haldanes in Berlin im Februar 1912: „Vom Kanzler über seine Ziele und Erwartungen im Unklaren gelassen, konnte ich erst aus den Verhandlungen mit Haldane und namentlich ihrem Londoner Nachspiel klar den Geisteszustand erkennen, worin sich das englische Kabinett befand.“ Und ferner, hinsichtlich des so bedeutungslosen Besuchs Haldanes in Berlin im Februar 1912: „Vom Kanzler über den Stand der Verhandlungen, insbesondere die Neutralitätsformel, nicht unterrichtet, und spielte bei den nachfolgenden Audienzen Haldanes beim Kaiser, vor welcher sich Bethmann entfernte, hatte, im wesentlichen die Rolle des Zeugen.“ Schließlich darf der Großadmiral über die Ergebnisse der von ihm befürworteten Politik aussprechen: „Die seit Frühjahr 1912 so fühlbar verbesserten deutsch-englischen Beziehungen brauchen selbst Bethmann und